

Von Verena Diener

Es waren drei hochpolitische Wochen. Einerseits wurden die zunehmend mobbingähnlichen Attacken gegen Bundesrat Schmid immer heftiger und unqualifizierter und andererseits bot der tragische Herz-Kreislaufzusammenbruch von Bundesrat Merz die zusätzliche Möglichkeit, über neue Bundesratskandidaten genüsslich die Klatschspalten zu füllen. Dass die gebotene menschlich Zurückhaltung dabei zunehmend vergessen ging, schien im Politlärm kaum eine gewichtige Rolle zu spielen.

So war ich denn auch in diesem Punkt froh über die zurückhaltende Art unserer CVP-EVP-glp-Fraktion, die zu fragenge-rechtem Verhalten mahnte statt noch weiteren Zünd- und Brennstoff zu liefern.

Inhaltlich gelang es uns im Ständerat, in wichtigen Geschäften akzeptable politische Kompromisse zu finden und dem Nationalrat schmackhaft zu machen.

Die Festigung des Rauchverbots in öffentlichen Räumen ist nun ebenso unbestritten wie das generelle Rauchverbot in Restaurants mit Ausnahmen von gutbelüfteten Fumoirs und Gastbetrieben bis max.80 m2 Fläche. Da zusätzlich die Kantone noch strengere Bestimmungen erlassen dürfen, kann ich diese Lösung mittragen.

Dass es uns gelang, die Entwicklungshilfe von 0,4% des BNE auf 0,5% des Brutto-Nationaleinkommens zu erhöhen, war ein wichtiges politisches Signal gegen innen wie gegen aussen. Besonders in dieser hektischen Zeit der sich überstürzenden Finanzkrisen weltweit.

Für den ökologischen Bereich wurden verschiedene Vorstösse gutgeheissen, die eine wichtige Basis zum effizienten Energie- und Ressourcenverbrauch bilden. Entgegen der Empfehlung des Bundesrates ist es der vorberatenden Kommission UREK, der ich auch angehöre, gelungen, einen breitgefächerten, tragenden indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ zu erarbeiten. So wird es – wenn auch der Nationalrat zustimmt – möglich werden, vermehrt die ökologisch notwendigen Revitalisierungen unserer Flüsse und Bäche vorzunehmen. Andererseits wird aber auch Rücksicht genommen auf die notwendige Stromproduktion aus Wasserkraft, wie es ja auch im Energiegesetz gefordert wird. Dass dabei eine leicht Lockerung bezüglich Restwassermengen zugestanden werden musste, schmerzt, muss aber im Kontext der übrigen ökologischen Gewinne als tragbar bewertet werden.

Gerade an diesem Beispiel ist es uns in der vorberatenden Kommission gelungen, divergierende Meinungen so lange auszudiskutieren, bis am Schluss ein Gesamtpaket geschnürt war, das einstimmig von Kommission und Ständeratsplenum angenommen werden konnte.

So stelle ich mir konstruktive Politik vor.

Verena Diener, Ständerätin ZH